

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>24.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Asylgesetzgebung</b>
Akteure	<b>Christlich-soziale Partei(en) (CSP), Schweizer Demokraten (SD)</b>
Prozesstypen	<b>Keine Einschränkung</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2020</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Benteli, Marianne  
Bühlmann, Marc  
Müller, Eva  
Rinderknecht, Matthias

## Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Bühlmann, Marc; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias 2024.  
*Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Asylgesetzgebung, Schweizer Demokraten (SD), Christlich-soziale Partei(en) (CSP), 1989 – 2012.* Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 24.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Sozialpolitik</b>	1
Soziale Gruppen	1
Asylpolitik	1
<hr/>	
<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	2
Parteien	2
Konservative und Rechte Parteien	2

# Abkürzungsverzeichnis

**UNO** Organisation der Vereinten Nationen  
**EG** Europäische Gemeinschaft

---

**ONU** Organisation des Nations unies  
**CE** Communauté européenne

# Allgemeine Chronik

## Sozialpolitik

### Soziale Gruppen

#### Asylpolitik

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 06.11.1989  
MARIANNE BENTELI

Die zunehmende Fremdenfeindlichkeit will sich die **siebte Überfremdungsinitiative** «gegen die Masseneinwanderung von Ausländern und Asylanten» zunutze machen, die von einer Minderheit der **SD** (ehemals NA) lanciert wurde. Gemäss diesem Volksbegehren soll die Zahl der jährlich zum Daueraufenthalt einreisenden Ausländer auf die Hälfte der im Vorjahr definitiv ausgereisten Personen reduziert werden. Von dieser Begrenzung ausgenommen wären Lehrbeauftragte an höheren Lehranstalten, qualifizierte Wissenschaftler sowie das Spital und Pflegepersonal. Im weiteren verlangen die Initianten, dass die Niederlassungsbewilligung keinem Ausländer vor Ablauf von zehn Jahren erteilt werden darf. Die Mehrheit der SD wollte die Initiative nicht mittragen, da sie der Ansicht war, so kurz nach der Abstimmungsniederlage vom Dezember 1988 sei es unklug und unrealistisch, schon wieder mit demselben Anliegen an die Öffentlichkeit zu treten.<sup>1</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 22.05.1992  
MARIANNE BENTELI

Die **Volksinitiative der SD "für eine vernünftige Asylpolitik"** kam mit 118 971 gültigen Unterschriften zustande. Nach dem Initiativtext sollen illegal eingereiste Asylsuchende umgehend und ohne Beschwerdemöglichkeit aus der Schweiz weggewiesen werden. Weil diese Forderung klar gegen völkerrechtliche Verträge verstösst, verlangt das Volksbegehren gleich noch die Kündigung der entsprechenden Flüchtlings- und Menschenrechtskonventionen.<sup>2</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 22.06.1994  
MARIANNE BENTELI

Der Bundesrat beantragte dem Parlament, die **Initiative der Schweizer Demokraten „für eine vernünftige Asylpolitik“** für **ungültig** zu erklären und somit gar nicht zur Abstimmung zu bringen. Die 1992 eingereichte Initiative will den Flüchtlingsbegriff einschränken und die Asylgewährung zu einem freiwilligen staatlichen Akt erklären. Illegal eingereiste Asylbewerber sollen ohne Prüfung ihres Gesuches ausgeschafft werden, selbst wenn damit eine individuelle Gefährdung verbunden sein könnte. Dieser letzte Punkt stellt nach Auffassung des Bundesrates eine krasse **Verletzung des Prinzips des Non-refoulement** dar, welches besagt, dass niemand in ein Land zurückgeschoben werden darf, in dem ihm Verfolgung, Folter oder Lebensgefahr drohen. Dieser Grundsatz ist in der Genfer Flüchtlingskonvention verankert und zudem aus der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie den UNO-Menschenrechtspakten abzuleiten. Darüber hinaus ist er gemäss der neueren schweizerischen und internationalen Rechtslehre Teil des „zwingenden Völkergewohnheitsrechts“, welches in einem Rechtsstaat nie verletzt werden darf, weshalb die von der SD verlangte unbedingte Ausschaffung auch dann **völker- und menschenrechtswidrig** wäre, wenn die Schweiz die entsprechenden Abkommen und Konventionen aufkündigen würde. Falls das Parlament dem Antrag des Bundesrates folgt, würde erstmals in der Geschichte des Bundesstaates eine Initiative aus materiellen Gründen für ungültig erklärt.<sup>3</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 14.03.1996  
MARIANNE BENTELI

Auch der **Nationalrat** folgte dem Antrag des Bundesrates sowie dem Beschluss des Ständerates und **erklärte die SD- Volksinitiative „für eine vernünftige Asylpolitik“ für ungültig**. Hauptargument war auch hier, dass der Inhalt der Initiative gegen zwingendes Völkerrecht verstosse. Damit ist dieses Volksbegehren das vierte seit 1891, welches auf Parlamentsbeschluss der Volksabstimmung entzogen wird. Die Gründe, welche bisher zur Ungültigkeitserklärung geführt hatten, waren Impraktibilität des Vorgehens (Chevalier-Initiative von 1954) bzw. mangelnde Einheit der Materie (Teuerungsinitiative der PdA 1977 und Rüstungsinitiative der SP 1995). Bei der SD-Initiative wurde erstmals der Begriff des **übergeordneten Rechts** für die Ungültigkeitserklärung beigezogen.<sup>4</sup>

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 24.09.2006  
MARIANNE BENTELI

Asylgesetz. Teilrevision  
**Abstimmung vom 24. September 2006**

Beteiligung: 48,9%  
Ja: 1 598 399 (67,8%)  
Nein: 760 787 (32,2%)

Parolen:  
Ja: CVP (6\*), FDP (1\*), SVP, LP, SD, EDU, FPS, Lega; Economiesuisse, SGV, SBV.  
Nein: SP, EVP, CSP, PdA, GP; SGB, Travail.Suisse, ev. und kath. Landeskirchen, Hilfswerke, Schweizerische Flüchtlingshilfe.  
\* In Klammer Anzahl abweichender Kantonalsektionen

## Parteien, Verbände und Interessengruppen

### Parteien

#### Konservative und Rechte Parteien

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 05.12.1990  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Da er von seiner Partei keine Unterstützung erhalten hatte, **lancierte der Zürcher Nationalrat Meier** seine **Überfremdungsinitiative** «gegen die Masseneinwanderung von Ausländern und Asylanten» **im Alleingang**. Die Partei selbst lancierte eine **Volksinitiative zur Asylpolitik** und war mit der Unterschriftensammlung für die Initiative «Für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag» beschäftigt. Diese Sammlung gestaltete sich **äusserst mühsam**, konnte aber erfolgreich zu Ende geführt werden.

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 21.01.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Schweizer Demokraten haben zu Beginn des Berichtsjahres die Volksinitiative «für eine vernünftige Asylpolitik» lanciert. **Kernpunkte** der Initiative sind sofortige Wegweisung **illegal eingereister** oder rechtskräftig **abgewiesener Asylbewerber**, eine weitere **Verkürzung des Verfahrens** auf sechs Monate, die Entbindung der Gemeinden von der Aufnahmepflicht sowie eine **verstärkte Hilfe der Schweiz** für bedrohte Menschen in den Herkunftsländern. Die im Vorjahr vom Zürcher Nationalrat Meier lancierte radikalere Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung von Ausländern und Asylanten kam nicht zustande.<sup>5</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 07.07.1994  
EVA MÜLLER

Die SD konnten im Berichtsjahr die mit der Lega gemeinsam lancierte Volksinitiative «EG-Beitrittsverhandlungen vors Volk» einreichen. Sie lancierten ausserdem alleine das **Referendum** gegen eine Lockerung der **Lex Friedrich**. Mit Protest reagierten die SD auf den Antrag des Bundesrats, die 1992 von ihnen eingereichte Volksinitiative «für eine vernünftige Asylpolitik» aus Völkerrechtsgründen für ungültig zu erklären.<sup>6</sup>

VOLKSINITIATIVE  
DATUM: 14.03.1996  
EVA MÜLLER

Nach dem Ständerat erklärte auch der Nationalrat die 1992 eingereichte Volksinitiative der SD «Für eine vernünftige Asylpolitik» **wegen Unvereinbarkeit mit zwingendem Völkerrecht für ungültig**.

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 16.12.2012  
MARC BÜHLMANN

Ende Dezember beschloss die CSP, das Referendum gegen die Revision des **Asylgesetzes** zu unterstützen. Mit der neuesten Revision würden fundamental wichtige humanitäre Prinzipien in Frage gestellt.<sup>7</sup>

1) BBl (1990), I, S. 929 ff.; Bund vom 4.11. und 6.11.89

2) BBl, 1992, V, S. 864. Zur völkerrechtlichen Problematik dieser Initiative siehe Bund, 22.5.92. Vgl. auch SPJ 1991, S. 241.

3) BBl, 1994, II, S. 1354 f.

4) TA, 13.3.96; Presse vom 14.3.96.

5) Schweizer Demokrat, 1991, Nr. 2; BBl, 1991, I, S. 106 f.; BBl, 1991, III, S. 1227; Presse vom 12.1.91

6) Ww, 7.7.94

7) Medienmitteilung CSP, 17.12.12.